

Eichenberger

Reiche
nützen allen

Die Diskussionen rund um das WEF zeigen es immer wieder: Viele Schweizer leiden an Globalisierungsangst. Sie fürchten, dass Anbieter aus Asien und insbesondere China bald alles billiger und besser könnten als wir. Zudem glauben sie, dass es uns automatisch schlechter geht, wenn Asien reich wird.

Diese Ängste sind völlig unbegründet. Die Schweizer zählen zu den Hauptgewinnern der Globalisierung. Die Schweizer Wirtschaft ist richtig gerechnet höchst produktiv und flexibel. Damit kann sie in einer globalisierten Welt ganz ausgezeichnet leben.

Die Arbeit ginge uns aber auch nicht aus, wenn wir in allem schlechter als die Chinesen wären. Denn die Chinesen wollen – leider – eine Gegenleistung für ihre Exporte. Die damit eingenommenen Franken geben sie entweder für Käufe in der Schweiz aus oder tauschen sie in eine andere Währung um. Dadurch sinkt der Kurs des Schweizer Frankens, sodass dann Konsumenten aus anderen Ländern mehr Schweizer Güter nachfragen. Beides schafft Arbeit in der Schweiz.

So komplexe Zusammenhänge versteht man am besten dank vertrauten Analogien: Mit dem Handel mit produktiveren Ländern ist es wie in einer Ehe, in der die Frau alles besser kann als der Mann, z. B. dreimal besser kochen und zweimal besser rasenmähen.

«Würde eine solche Frau alles machen und der Mann nichts?»

Würde eine solche Frau alles machen und der Mann nichts? Sicher nicht. Der Mann würde wohl den Rasen mähen, weil er das noch am wenigsten schlecht kann. Denn Rasenmähen ist für die Frau sehr teuer, weil sie in der Zeit nichts anderes machen kann, in dem sie noch besser ist. Deshalb erfolgen die

eheliche Arbeitsverteilung, die internationale Arbeitsteilung und die Handelsströme nicht nach den absoluten, sondern nach den relativen, den sogenannten komparativen Produktivitätsunterschieden. Und komparative Vorteile hat jeder, sogar der unbegabte Mann.

Zur zweiten Angst. Was bedeutet es für uns, wenn die Chinesen produktiv und reich werden? Einerseits können sie uns dann mehr Güter liefern und uns noch mehr Produkte und Dienstleistungen abkaufen. Gleichzeitig schadet uns aber, dass sie uns auf unseren anderen Exportmärkten konkurrieren und mehr Rohstoffe brauchen, sodass diese knapper und auch für uns teurer werden. Was aber ist der Gesamteffekt aus diesen Vor- und Nachteilen? Wieder bringt eine einfache Analogie mehr als sehr viel Theorie.

Stellen Sie sich vor, die USA als bisher sehr reiches Land würden verarmen. Wäre das gut für uns? Natürlich nicht. Ganz offensichtlich wäre es für uns eine wirtschaftliche Katastrophe, wenn ein reiches Land wie die USA verarmt – obwohl sie uns dann weniger konkurrieren und weniger Rohstoffe wegkonsumieren würden. Wenn es uns aber schadet, wenn reiche Länder verarmen, muss es auch gut für uns sein, wenn arme Länder reich werden. Je produktiver und reicher ein Handelspartner wird, desto mehr haben wir von ihm. Deshalb ist Globalisierung grossartig: Sie macht die armen Länder reich, weil sie leichter mit reichen Handelspartnern handeln können. Und sie macht die reichen Länder reicher, weil ihre armen Handelspartner reicher werden.

Prof. Dr. Reiner Eichenberger ist Ordinarius für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg (Schweiz) und Forschungsdirektor von Crema, Center for Research in Economics, Management and the Arts.

Die andere Sicht von Peter Schneider



Klaus Schwab, Gründer und Präsident des Weltwirtschaftsforums in Davos

Foto: Keystone

Die raffiniertesten Tricks zum Steuern sparen gibt es nur für absolute Topverdiener

Bei den Löhnen geht es genauso zu und her wie bei den Firmengewinnen. Sparen über Offshore-Firmen und Steueroasen steht nur den Grossen offen. Das ist ungerecht, findet **Oliver Zihlmann**

Spätestens seit den Paradise Papers kennen wir die Tricks, mit denen internationale Grosskonzerne wie Nike oder Apple aggressiv Gewinnsteuern sparen: Sie nutzen Firmen in Steueroasen.

Eine der Ungerechtigkeiten dieser Praxis liegt darin, dass ein KMU in der Schweiz oder in anderen Ländern so etwas niemals aufsetzen könnte. Sie haben dafür weder das Geld noch das Know-how. Es gilt: Die Grossen kriegen den Discount, die Kleinen zahlen den Vollpreis.

Viele Gehaltsempfänger denken womöglich, dass diese Tricks zumindest bei den Löhnen der Konzernangestellten schwierig

Oliver Zihlmann,
Co-Leiter Recherchedesk



sind. Gehälter muss man ausweisen, in der Schweiz bekommt man zum Beispiel einen Lohnausweis. Man kann als Angestellter zwar in eine steuergünstige Gemeinde ziehen, aber für den Arbeitgeber sollte es eigentlich wenig Spielraum geben für eine kreative Lohnsteuerplanung. Die internen Dokumente aus dem Luxuskonzern Gucci, die nun aufgetaucht sind, beweisen leider das Gegenteil.

François-Henri Pinault, Patron des Kering-Konzerns und einer der reichsten Männer Frankreichs, bot im Dezember 2014 dem künftigen CEO von Gucci 8 Millionen Euro pro Jahr. Kering, das Mutterhaus von Gucci, hatte laut den Doku-

menten den Plan, dabei massiv Lohnsteuern einzusparen. Und wie sollte das laufen?

Einmal mehr mit Firmen in Steueroasen. Dazu noch mit einer Schweizer Pauschalsteuer. Ob der Plan umgesetzt wurde, ist ungewiss. Doch bei der Lektüre der Mails zwischen Milliardär und Millionär hat man ein Déjà-vu. Ein solches Konstrukt mit Pauschalsteuern und Briefkastenfirmen könnte ein normaler Lohnarbeiter niemals aufstellen.

Was für die Gewinnsteuern gilt, ist offenbar bei den Löhnen genauso gleich: Die Grossen kriegen den Steuer-Discount – die Kleinen zahlen den Vollpreis. **Wirtschaft — 35**

Die Schweiz tritt Bürgerrechte mit Füßen – und schadet damit auch der Wirtschaft

Peter Burkhardt ist irritiert, dass am WEF in Davos friedliche Demonstranten und sogar ein Journalist verhaftet wurden. Und dass eine Gegendemo unter einem Vorwand gar nicht erst bewilligt wurde

Wortreich entschuldigte sich das WEF gestern bei der Bevölkerung von Davos für das Verkehrschaos, das die Veranstaltung diese Woche angerichtet hatte.

Als ob dies das grösste Problem wäre. Viel gravierender ist, dass für das WEF die in der Verfassung verankerten Rechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Medienfreiheit ausser Kraft gesetzt wurden. Beispiele gefällig? Die Gemeinde Davos erteilte einer Demonstration der Juso keine Bewilligung – angeblich wegen des vielen Schnees. Drei Teilnehmer einer legalen Protestaktion wurden von der Polizei im Kastenwagen abgeführt und danach während zwei

Peter Burkhardt,
Wirtschaftschef



Stunden durchsucht. Ein NZZ-Journalist, der eine unbewilligte Demonstration fotografierte, wurde festgenommen und in eine Polizeizelle gesteckt, da er die Bilder auf seinem Handy nicht hatte löschen wollen. Zu einem Wohnhaus, an dessen Fassade die Bewohner kritische Transparente aufgehängt hatten, versuchten sich Polizisten in Kampfmontur Zutritt zu verschaffen.

Wäre es um die Verhinderung von Gewalt gegangen, wären die Einschränkungen nachvollziehbar. Dass aber selbst demokratische Organisationen und friedliche Bürger sich nicht mehr gegen das WEF äussern können, ist inakzeptabel.

Der renommierte Staatsrechtler und frühere Bundesrichter Rainer J. Schweizer hält die Vorgänge für «nicht verfassungskonform».

Das muss nicht nur uns Bürger beunruhigen, sondern auch die Wirtschaftsführer selbst. Ausserhalb des WEF loben sie die Schweiz zu Recht für ihre Standortvorteile wie tiefe Steuern, gute Bildung, den offenen Arbeitsmarkt – und für ihre Rechtssicherheit. Wenn diese nun ausgehebelt wird, schadet das letztlich auch der Wirtschaft. Denn auf lange Frist ist ein funktionierender Rechtsstaat die notwendige Voraussetzung für Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum. **Fokus — 18**